

Gemeinderat Kirchheim unter Teck
Anträge zur Haushaltsberatung 2022/2023

DIE LINKE.

Haushaltsberatungen Kirchheim unter Teck 2022 / 2023

Anträge

DIE LINKE.

im Gemeinderat Kirchheim unter Teck

Übersicht der Anträge

Vision von einem menschengerechten Kirchheim.....	3
Wohnungen und Wohnmöglichkeiten für kritische Berufe.....	4
Anschlussunterbringung für Frauen aus dem Kirchheimer Frauenhaus.....	5
Housing First statt nur Unterbringung.....	6
Keine Stromsperren für in Not geratene Haushalte in Kirchheim.....	7
Nachbarschaftsstrukturen in der Reutlinger Straße erhalten.....	8
Erhöhung der Sozialbauquote auf 50%.....	9
Wohnungstausch fördern.....	10
Zweckentfremdungssatzung für Kirchheim nutzen.....	11
Schulsozialarbeit fördern.....	12
Öffentliche Räume für zivilgesellschaftliche Gruppen.....	13
Nutzung städtischer Räume für zivilgesellschaftliches Engagement.....	14
Priorität für Fahrräder in der Alleenstraße.....	15
Priorität für Fahrräder in der Bismarckstraße.....	16
Barrierefreie Armbruststraße.....	17
Workshop Anbindung Bahnhof – Altstadt.....	18
Gebührenfreies Stadtticket gegen Führerschein.....	19
Frei zugängliche und saubere Toiletten am Bahnhof.....	20
Ausbau Carsharing im Quartier.....	21
Überdachung und Begrünung der Bushaltestellen.....	22
Kommunales Mobilitätsmanagement etablieren.....	23
Intermodaler Verkehrsbericht.....	24
Lärmmessung an der Autobahn.....	25
Moratorium Bohnau-Süd – Bürger befragen.....	26
Förderung der biologischen Vielfalt.....	27
Reduzierung der Kornhausinvestitionen.....	28
Städtische Geldanlagen an der Agenda 2030 ausrichten.....	29
Den zivilen Opfern des Faschismus und der Weltkriege gedenken.....	31

Vision von einem menschengerechten Kirchheim

Antrag:

Erstellung einer Studie „menschengerechtes statt autogerechtes Kirchheim“ unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in Kirchheim

Begründung:

Seit dem 2. Weltkrieg und insbesondere seit den 60er Jahren wurde Kirchheim immer mehr zur autogerechten Stadt ausgebaut. Andere Überlegungen, die sich mit der Aufenthaltsqualität der Bewohner beschäftigten, wurden nur zweitrangig berücksichtigt. Mit den Klimazielen und der daraus folgenden notwendigen Verkehrswende steht die Stadtplanung vor ganz neuen Herausforderungen. Öffentliche Räume werden nicht mehr am Autoverkehr ausgerichtet. Diese Räume erhalten eine ganze andere Bedeutung. Nun geht es aber nicht nur um die Reduzierung des motorisierten Verkehrs, sondern um eine neue Ausrichtung der Stadtplanung, die ein menschen- und umweltgerechtes Leben in der Stadt ermöglicht. In diesem Prozess müssen die Bürger mit einbezogen werden, um auch die Akzeptanz für die notwendige Umgestaltung zu erhalten.

Wohnungen und Wohnmöglichkeiten für kritische Berufe

Antrag:

Die Stadt verstärkt ihre Bemühungen, Personal im Betreuungsbereichen aufzustocken, sowohl im Pflegebereich als auch in der Kitabetreuung, indem Bewerber*innen Wohnmöglichkeiten in der Stadt angeboten werden.

Begründung:

In der September-BSB-Sitzung wurde uns von immer wieder auftretenden Versorgungsengpässen in der Pflege berichtet. Zum Teil sei eine verlässliche Versorgung nicht gewährleistet.

Auch bei hausnahen Dienstleistungen und Alltagshilfen hören wir immer wieder von Engpässen und fehlender Unterstützung.

Auch im Teckboten lasen wir am Samstag, den 9. Oktober vom lang bestehenden Personalmangel bei Kinderbetreuung in den Kitas. So wurde berichtet, dass den Eltern kurzfristig die Betreuung ihrer Kinder abgesagt wurde, teilweise sogar direkt vor der Kita-Tür.

Genauso gravierend:

- Pädagogische Arbeit, Bildungsprojekte, gemeinsame Projekte mit Schulen, Ausflüge das Alles kann nicht mehr geleistet werden.

- die Mitarbeiterinnen sind überlastet

Natürlich ist Pflege- und Betreuungspersonal unter den Bedingungen schlecht zu finden. Die ausreichende Versorgung der Kirchheimer Einwohner, zumal der Schwächsten, gleich welchen Alters, muss aber an erster Stelle stehen vor allen anderen Maßnahmen. Mögliche Anreize könnten kostenlose bis sehr, sehr günstige Mitarbeiterwohnungen sein.

Anschlussunterbringung für Frauen aus dem Kirchheimer Frauenhaus.

Antrag

Die Stadt Kirchheim reserviert dem Frauenhaus zwei Wohnungen für die Anschlussunterbringung der Bewohnerinnen des Frauenhauses Kirchheim verbindlich zu.

Begründung:

Im Jahresbericht des Frauenhauses ist Jahr für Jahr zu lesen, dass viele akut von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen werden konnten. Trotz des unerwartet ruhigem Corona-Jahr betraf das 2020 noch 56 Frauen, im Jahr 2019 waren es 62 Frauen.

Mitarbeiterinnen des Frauenhauses berichteten: Sie sind immer in prekärer Lage bei der Suche nach Anschlussunterbringung für die Frauen. Immer ist es nicht sicher und lange schwierig eine Wohnung zu bekommen. Kirchheim hat es bisher geschafft, jährlich eine Wohnung für die Bewohnerinnen des Frauenhauses zu vermitteln. Das ist aber nicht fest zugesagt, was für die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses aber planbarer und somit entlastender wäre.

Richtig schwierig wird es für Frauen mit wenig deutschen Sprachkenntnissen und vielen Kindern eine Wohnung zu finden. Die kommen ganz schlecht unter und blockieren schon mal monatelang die Plätze. Das ist für die Allgemeinheit richtig teuer und einfach fatal für die Frauen, die deswegen nicht im Frauenhaus aufgenommen werden können.

In Anbetracht der hohen Zahl von abgewiesenen Frauen wären natürlich mehr Wohnungen notwendig. Wenn aber Kirchheim wenigstens 2 Wohnungen für den Bedarf als Anschlussunterbringung nach dem Frauenhaus sicher zusagt, wäre schon viel geholfen.

Housing First statt nur Unterbringung

Antrag:

Hiermit beantragen wir einen Workshop zum Umgang mit Obdachlosen und Obdachlosigkeit unter Berücksichtigung des Konzepts „Housing First“

Begründung:

Housing First bedeutet, dass jeder obdachlose Mensch eine eigene, für ihn sichere Wohnung bekommt. Also kein städtisch verordnetes Umziehen mehr, keine plötzliche Zuweisung einer weiteren, fremden Person mehr.

Stattdessen: selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden, Eigener Wohnungsschlüssel, Privatsphäre, Unbefristeter Mietvertrag.

Die Wohnungen werden auf Dauer vergeben und es wird nicht nur für Obdachlose gebaut, sondern so, dass möglichst alle Menschen bezahlbaren Wohnraum bekommen. Alle sind dann gleichermaßen normale Mieter.

Die betroffenen Menschen sind keiner Stigmatisierung durch das Wohnverhältnis mehr ausgesetzt und haben bessere Arbeitschancen durch eine unbelastete Adresse. Durch die Sicherung der Privatsphäre stabilisiert sich die Gesundheit und psychische Verfassung. Laut Studien gehen Kriminalität, Drogengebrauch, Gewalt und medizinische Notfallversorgungen durch dieses Konzept zurück.

Dadurch lohnt sich dieser Ansatz auf Dauer ebenso für die Kommune und Gesellschaft. Mit einem Workshop kann der Gemeinderat gemeinsam mit Expert*innen das Thema Obdachlosigkeit in Kirchheim neu bewerten und auf dieser Basis neue Strategien erarbeiten.

Keine Stromsperren für in Not geratene Haushalte in Kirchheim

Antrag:

Haushalte in Kirchheim wird der Strom nicht gesperrt, auch wenn die Rechnung nicht bezahlt wurde.

Begründung:

Ohne Strom kann niemand leben, da ohne Energie kein menschenwürdiges Leben möglich ist. Es gibt unterschiedliche Gründe warum Menschen in eine prekäre Situation geraten können und nicht mehr in der Lage sind ihre Stromrechnung zu bezahlen. Hier hilft keine Stromsperre, sondern hier ist Sozialarbeit und Hilfe notwendig, um den Betroffenen aus der prekären Situation zu helfen.

Nachbarschaftsstrukturen in der Reutlinger Straße erhalten

Antrag:

Die Bewohner der städtischen Wohnungen in der Reutlinger Straße sollen einen Anspruch erhalten, ihre Nachbarschaftsstrukturen auch während des vorübergehenden Umzugs erhalten. Ihnen wird während der Umbauphase eine akzeptable Wohnung zur Verfügung gestellt und bei der Umzugsplanung wird der Nachbarschaftswunsch der Bewohner*innen berücksichtigt.

Begründung:

In der Reutlinger Straße besteht eine aktive und teilnehmende Unterstützerstruktur unter den Bewohnern. Diese Struktur muss erhalten bleiben, zumal viele der Bewohner darauf angewiesen sind.

Es ist der ausdrückliche Wunsch der Bewohner, im jetzt vertrauten sozialen Umfeld bleiben zu können.

Erhöhung der Sozialbauquote auf 50%

Antrag:

Die Stadt beschließt eine Sozialbauquote von 50 Prozent bei Neubauten

Begründung:

Der Rückstand an bezahlbarem Wohnraum muss schnellstmöglich aufgeholt werden. Um nennenswert bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, muss die Sozialbauquote deutlich steigen. Die aktuelle Quote reicht nicht annähernd, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Wohnungstausch fördern

Antrag:

Die Stadt etabliert für die bestehenden Wohnungen und Häuser ein Wohnungsmanagement. Dieses Wohnungsmanagement wird den Tausch von Wohnungen aktiv fördern, Familien, Alleinstehenden, jungen und alten Menschen eine adäquate Wohnung zur Verfügung stellen.

Begründung:

Viele Häuser und Wohnungen mit Einzelpersonen belegt, die sich zwar eine andere kleinere Wohnung vorstellen können. Für diesen Personenkreis fehlen aber die nötige Beratung, Hilfestellung und entsprechende Angebote.

Zweckentfremdungssatzung für Kirchheim nutzen

Antrag:

Wir beantragen, dass die Stadt Kirchheim unter Teck entsprechend dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz -ZwEWG) vom 19. Dezember 2013 einen entsprechenden Antrag stellt und die Zweckentfremdungssatzung im Gemeinderat verabschiedet wird.

Begründung:

Es stehen bis zu 500 Wohnungen in Kirchheim leer, obwohl der Wohnungsmarkt kaum Wohnungen und schon gar nicht bezahlbaren Wohnraum bietet. Mit dem Zweckentfremdungsverbotsgesetz vom 19.12.2013 hat der Landesgesetzgeber den Kommunen eine Möglichkeit in die Hand gegeben, Wohnraum zu schützen, sofern ein Wohnraummangel vorliegt. Zahlreiche Städte haben diese Möglichkeit genutzt. So hat z.B. der Gemeinderat von Freiburg in seiner Sitzung vom 28.01.2014 eine entsprechende Satzung beschlossen, die zum 01.02.2014 in Kraft getreten ist. Da in Kirchheim die bisherigen Initiativen der Stadt nur sehr begrenzten Erfolg hatten, sollte dieses Instrument ebenfalls genutzt werden, um diese dringend benötigten Wohnungen dem Wohnungsmarkt zuzuführen.

Schulsozialarbeit fördern

Antrag:

Wir beantragen, die Schulsozialarbeit an den Kirchheimer Schulen auszubauen, indem auf Basis einer sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung die Kapazität erweitert wird. An jeder Schule sollte mindestens eine Stelle angesiedelt sein. Mittelfristig anzustreben, ist eine Erhöhung der Personalstellen auf einen Schlüssel von einer Stelle auf 150 Schüler*innen bzw. mindestens einer Vollzeitstelle an jeder Schule.

Begründung:

Sozialpädagogische Fachkräfte sehen ihre Aufgabe an Schulen in der ganzheitlichen Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Sie plädieren für einen weit gefassten, auf die ganze Persönlichkeit gerichteten Bildungsbegriff. Zusätzlich sind sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Jugendhilfe und Schule. Schulsozialarbeiter*innen sind keine Erfüllungsgehilfen für den schulischen Bildungsauftrag, sondern Teil eines neu verstandenen, ganzheitlichen Bildungsauftrages von Schule. An Schulen in einem sozial schwierigeren Umfeld sollte der Schlüssel Sozialarbeiter/Schüler niedriger sein und entsprechend mehr Ressourcen zugewiesen werden (sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung).

Nach unserem Verständnis ist Schule in der Gesellschaft ein wichtiger Lebensort junger Menschen, der sich in die Gesellschaft öffnen und lebensweltorientiertes Lernen praktizieren muss. Schule muss allen Kindern und Jugendlichen einen gleichen und zunehmend selbstbestimmten Zugang zu Bildung ermöglichen. Schule muss inklusiv und multi-professionell arbeiten. Aus diesem neuen Verständnis von Schule ergibt sich die Notwendigkeit, Schulsozialarbeit als eine feste Größe kooperativer pädagogischer Arbeit an allen Schulen ausreichend zu verankern bzw. sozialpädagogische Angebote auszubauen.

In Gesprächen mit Trägern der Schulsozialarbeit und mit Schulsozialarbeiter*innen wird immer wieder deutlich, dass sie bessere Bedingungen für ihre Arbeit an der Schule hinsichtlich Kontinuität, Verlässlichkeit und Akzeptanz benötigen. Eine personelle Ausstattung, die der umfangreichen und bedeutsamen sozialen Verantwortung der Schulsozialarbeit im Lebensfeld von Kindern und Jugendlichen gerecht wird und ausreichend pädagogische Handlungsmöglichkeiten bei sozialen Problemen in der Schule bietet, ist deswegen dringend geboten.

Öffentliche Räume für zivilgesellschaftliche Gruppen

Antrag:

Öffnung öffentlicher Gebäude für zivilgesellschaftliche Gruppen, Vereine und Kulturschaffende

Begründung:

Nach wie vor haben zivilgesellschaftliche und vor allem finanziell weniger potente Gruppen nur geringe Möglichkeiten, sich zu treffen bzw. Räume für ihre Arbeit zu nutzen. Oft sind Gaststätten, die einzige Möglichkeit, sich zu versammeln. Dies führt zum einen Verzehrzwang und zum anderen eignen sich die Räumlichkeiten meistens nicht.

Solange keine geeigneten öffentliche Räume zur Verfügung stehen, sollten Schulen und öffentliche Einrichtungen, entsprechende Räume anbieten.

Nutzung städtischer Räume für zivilgesellschaftliches Engagement

Antrag:

Wir beantragen hiermit, zivilgesellschaftlichen, kulturellen und politischen Initiativen und Organisation öffentliche Räume für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung zu stellen. In den Quartieren, in denen dies kurzfristig nicht möglich sein sollte, sollen die Schulen außerhalb der Unterrichtszeit für die genannten Gruppen genutzt werden können.

Begründung:

Es ist seit langem bekannt, dass hauptsächlich den kleinen Gruppen und Initiativen kein öffentlicher Treffpunkt zur Verfügung steht. Vielfach müssen sie sich in gastronomischen Räumen treffen und müssen dort Getränke und Essen verzehren. Dies ist für viele Menschen eine finanzielle Hürde. Wenn nicht genügend verzehrt wird, werden die Räume oft nicht mehr angeboten. Außerdem sind die Räume für den Zweck der Treffen oft nicht geeignet, weil sie nicht abgetrennt vom Gastraum sind.

Die Kommune sollte die Menschen motivieren, in der Stadt aktiv zu werden. Dafür müssen aber die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Die Öffnung der Schulen könnte ein Zwischenschritt sein.

Priorität für Fahrräder in der Alleenstraße

Antrag:

Umbau der Alleenstraße zur Fahrradstraße

Begründung:

Im Stadtgeschwindigkeitskonzept wird auf Seite 7 ausgeführt:

„Im Zuge der beschriebenen Straßenbaumaßnahmen hat der Alleenring seine Verteilerfunktion für das Stadtzentrum weitgehend verloren. Dies eröffnet die große städtebauliche Chance, den Alleenring als öffentlichen Stadtraum zu entwickeln, so auch die jenseits der Altstadt gelegenen Gebäude am Alleenring zu aktivieren und die hinter liegenden Wohngebiete enger an die Altstadt anzubinden.“

Eine Fahrradstraße könnte genau diese Verbindung herstellen, weil mit ihr nicht nur das Fahrradfahren attraktiver wird, sondern auch der Übergang zur Innenstadt einfacher wird und der Bruch zwischen Innenstadt und „Vorstadt“ vermieden wird.

Soll die Verkehrswende gelingen, muss dem Fahrrad- und Fußverkehr mehr Priorität eingeräumt werden. Erfahrungen u. a. in den Niederlanden haben gezeigt, dass die Reduzierung der Autopräsenz ganz neue Möglichkeiten der Gestaltung erlauben und das öffentliche Miteinander eine neue Qualität erreichen kann.

Priorität für Fahrräder in der Bismarckstraße

Antrag:

Die Bismarckstraße wird zur Fahrradstraße umgestaltet.

Begründung:

Vorab sei gesagt: Es hat uns sehr gefreut, dass Bürgermeister Riemer dieser Idee ebenfalls etwas abgewinnen kann, wie im Teckboten vom 2. Oktober nachzulesen ist.

Die Bismarckstraße wird von Radfahrer*innen sehr stark frequentiert, nicht nur als beliebter Zugang zur Stadt, sondern auch als Verbindungsstrecke Richtung Bahnhof und zu etlichen Schulen: in der einen Richtung zum Ludwig Uhland Gymnasium und weiter zur Schöllkopf Schule, in der anderen Richtung zum Campus Rauner und dem Schlossgymnasium. Dazu kommt mittendrin die KW-Schule.

Der Autoverkehr der Straße kann bequem ein paar Meter weiter über die Jesinger Straße in die Stadt und zur nächsten Tiefgarage gelangen.

Eine 2. Reihe Bäume gegenüber den Linden wäre perfekt, denn die heißen Sommer, die wir ja vermehrt erwarten müssen, haben gezeigt, dass sich die Radfahrer auf den Fußweg in den Schatten der Linden geflüchtet haben statt auf der sehr stechend heißen Straße zu bleiben.

Und schon hätten wir einen entschleunigten, angenehmen Zugang zur, dessen Attraktivität nach und nach, zum Beispiel durch Ruhemöglichkeiten, Blühpflanzen, etc. noch gesteigert werden kann.

Barrierefreie Armbruststraße

Antrag:

Der Zugang zur Innenstadt über die untere Armbruststr (zwischen Hindenburgstraße und Dettinger Straße) wird barrierefrei gestaltet

Begründung:

Die untere Armbruststr. ist ein wichtiger und beliebter Zugang für Fußgänger zur Stadtmitte.

Das nette kleine Ende der Armbruststraße, mit nur wenig Anliegerautoverkehr dank der Sperre zur Dettinger Straße weist leider einen sehr beschädigten Belag auf:

- mehrfach übereinander geflickt,
- mit Höhen und Tiefen
- und noch dazu zur Mitte stark abschüssig.

Wer diesen Weg öfter benutzt, kann sich im Laufe der Zeit selber von den Schwierigkeiten besonders der Rollator benutzenden überzeugen:

Wenn die Rollatoren in den Löchern oder Kanten hängen bleiben, werden sie, wie zu beobachten ist, kräftig geschoben oder geschubst und wenn sie dann plötzlich Fahrt aufnehmen, kommen die Benutzer nicht hinter her und stürzen im ungünstigsten Fall auf ihren Rollator. Pfiffige und halbwegs rüstige, oft sehr alte Menschen tragen ihre Gehhilfe deshalb gern über die Unebenheiten hinweg. Auch ohne dieses Teil ist der Weg für ältere, Gang unsichere Menschen eine Herausforderung. Man kann ebenfalls in Augenschein nehmen, wie Rollstuhlfahrer gegen die Schräge ankämpfen müssen.

Workshop Anbindung Bahnhof – Altstadt

Antrag: Hiermit beantragen wir einen Workshop zur Anbindung des Bahnhofs mit der Innenstadt

Begründung:

Kirchheim ist eine beliebte Stadt für Touristen, sowohl für den Einkaufsbummel als auch für Wochenendausflüge und das gern mit dem ÖPNV.

Vom Bahnhof aus gesehen ist dann die Kolbstr. das Eingangstor zur Innenstadt. Der Weg durch dieses enge, Verkehrs lastige Nadelöhr hinterlässt aber leider alles andere als einen einladenden ersten Eindruck.

Ganz anders wäre es, wenn die Besucher vom Bahnhof aus über eine ruhige und durch Bäume angenehm beschattete Fahrrad- und Fußgängerstraße, bis zum Postplatz geführt würden, auf einer Straße mit hoher Aufenthaltsqualität, die gleichermaßen barrierefrei wie erholsam für müde Touristen gestaltet ist, mit Ruhemöglichkeiten, ansprechender Begrünung, vielleicht sogar mit Wasser.

Diese völlig andere Atmosphäre der Straße würde für die Gastronomie und die kleinen Gewerbeeinheiten des Steingauquartiers ebenfalls einen Zugewinn und eine Belebung bewirken. Anders als jetzt, wo diese Straße für Fußgänger und Radfahrer so ganz und gar nicht zum Schlendern oder Verweilen einlädt. Gleichzeitig wäre das Steingauquartier viel besser mit der Innenstadt verbunden.

Gebührenfreies Stadtticket gegen Führerschein

Antrag:

Wir beantragen, einen Pilotversuch für ein kostenloses Stadtticket für Menschen zu initiieren, die auf ihren Führerschein verzichten.

Begründung:

Für einen Mobilitäts-Paradigmenwechsel muss die Attraktivität des ÖPNV deutlich erhöht werden. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel im Verkehrssektor zielen darauf ab, den ÖPNV drastisch zu stärken und den motorisierten Individualverkehr mindestens zu halbieren. Hierfür müssen die Menschen mit guten Ideen und Maßnahmen gewonnen werden. Ein gebührenfreies Stadtticket könnte einige Autofahrer motivieren, den Führerschein abzugeben und auf das Auto zu verzichten. Viel wichtiger ist allerdings, dass junge Menschen sich gar nicht erst an das Autofahren gewöhnen. In dieser Zielgruppe sehen wir erhöhte Chancen, den ÖPNV zu nutzen. Mittelfristig wäre eine Verknüpfung mit dem VVS Ticket förderlich.

Frei zugängliche und saubere Toiletten am Bahnhof

Antrag:

Wir beantragen, dass für Behinderte, Frauen und Männer am Bahnhof während der Betriebszeit der S-Bahn und des Busbahnhofs die Benutzung gebührenfreier öffentlicher Toiletten sichergestellt wird. Ferner beantragen wir, dass die Reinigung in ausreichender Frequenz, mindestens aber morgens, mittags und abends erfolgt.

Begründung:

Um die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen ist das Vorhandensein von Toiletten zwingend. Es geht nicht nur um S-Bahn-Nutzer*innen, sondern auch um den großen Busbahnhof. Bei der Menge der potenziellen Nutzer ist eine stetige Reinigung notwendig. Dies wurde bisher im Gemeinderat auch alleigemein unterstützt, doch wurde von der Stadtverwaltung bisher immer noch kein Konzept vorgelegt, wie die Bereitstellung einer akzeptablen Toilette gesichert werden kann.

Ausbau Carsharing im Quartier

Antrag:

Die Stadt unterstützt in zwei Quartieren Carsharing, indem sie mindestens ein Auto je Quartier unabhängig von der Auslastung zur Verfügung stellt.

Begründung:

Die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist ein Kernelement der nachhaltigen Verkehrswende und somit auch Bestandteil des Klimakonzeptes in Kirchheim. Unter anderem ist Carsharing ein Element, um die Bürgerinnen und Bürger beim Umstieg zu unterstützen. Um Carsharing dauerhaft als Alternative zu implementieren, bedarf es neben einer öffentlichen Anschubfinanzierung auch der praktischen Unterstützung der Stadt. Mit diesem Pilotprojekt können Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt werden, um Carsharing in anderen Quartieren zu realisieren. Die Kosten würden ca. 15.000 Euro betragen, wenn aber eine ausreichende Auslastung erreicht wird, kann das Projekt kostenneutral sein.

Überdachung und Begrünung der Bushaltestellen

Antrag:

Wir beantragen hiermit bei der aktuellen Umgestaltung der Bushaltestellen folgendes zu berücksichtigen:

- a) die Bestückung der Haltestellen mit Wartehäuschen sollte flächendeckend sein,
- b) das Wartehäuschen sollte gegen Hitze, Sturm und Regen schützen,
- c) die Wartehäuschen sollten beleuchtet sein, um das Sicherheitsgefühl zu erhöhen
- d) die Dächer der Wartehäuschen sollten möglichst begrünt sein, um einen Beitrag zum Artenschutz zu leisten.

Begründung:

Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs müssen belohnt werden, statt ihnen das Warten auf den Bus zur Qual zu machen. Es muss sichergestellt werden, dass niemand beim Warten auf den Bus Hitze, Sturm und Regen ausgesetzt ist. Deshalb sind Wartehäuschen an jeder Bushaltestelle zu installieren. Die Haltestellen müssen hell sein, um die Sicherheit der ÖPNV-Nutzer*innen auch in der Dunkelheit zu erhöhen. Darüber hinaus können die Bushaltestellen auch ein Beitrag zur Stadtverschönerung sein und einen Beitrag zum Klima- und Artenschutz leisten. Das niederländische Utrecht ist ein Beispiel wie das gelingen kann. Um aktiv etwas gegen das Artensterben zu tun, hat sich die Stadt Utrecht etwas einfallen lassen, was simpel und effektiv zugleich ist: Über 300 Dächer von Bushaltestellen wurden mit Blumen bepflanzt und so für Bienen, Hummeln und Co. begrünt. Utrecht will auf diese Weise aktiv etwas für die Artenvielfalt tun. Da die Dächer der Bushaltestellen nicht so hoch sind, wie viele andere Flachdächer, herrschen durch wenig Wind und gute Sonneneinstrahlung beste Voraussetzungen, um den Insekten ein zusätzliches Nahrungsangebot zu ermöglichen. Die Pflanzen eignen sich zudem ideal zur Dachbepflanzung, da sie robust, winterhart und resistent sind. Und nicht nur das. Sie haben zudem einen weiteren positiven Effekt: Sie filtern Feinstaub aus der Luft und sind ein guter Regenwasserspeicher. Daher müssen sie selten gegossen werden und spenden an heißen Tagen etwas Abkühlung.

Kommunales Mobilitätsmanagement etablieren

Antrag:

Wir beantragen, über die vereinzelt Ansätze des Mobilitätsmaßnahmen hinaus, ein stadtweites ganzheitliches Mobilitätskonzept zu erstellen und für die Umsetzung eine zusätzliche Stelle eines Mobilitätsmanager/in analog der Klima-Managerin einzurichten.

Begründung:

Bei fast jedem Bauvorhaben wird deutlich, dass ein ganzheitliches Mobilitätskonzept erforderlich ist, um den Verkehrsanforderungen gerecht zu werden. Noch deutlicher wird der Bedarf, wenn es um die Erreichung der Verkehrswende geht. Die Erfahrung hat gezeigt, dass für die Umsetzung und Steuerung ein dezidiertes Mobilitätsmanagement notwendig ist. Die vorhandene Mobilitätsbeauftragte hat weder die Kapazität noch den Fokus auf die hier zu lösenden Aufgaben.

Intermodaler Verkehrsbericht

Antrag:

Wir beantragen hiermit, dass künftig ein intermodaler Bericht zu Investitionen und Ausgaben für die Verkehrssegmente Autoverkehr, Radverkehr, ÖPNV und Fußgängerverkehr erstellt wird. Dieser Bericht sollte auch die Zielwerte für die einzelnen Verkehrskategorien enthalten.

Begründung:

Bürgermeister Riemer hat nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden von einem Paradigmenwechsel in Kirchheim gesprochen, wenn die Verkehrswende in gelingen soll. Laut einer Studie im Auftrag der landeseigenen Baden-Württemberg-Stiftung muss der Anteil des Autoverkehrs bis 2050 mehr als halbiert werden. Auch heute werden noch ca. 60 Prozent der Wege in Kirchheim mit dem Auto und nur 40 Prozent zu Fuß oder mit anderen Verkehrsmitteln zurückgelegt. Dies muss bis 2030 mindestens umgekehrt werden. Um eine nachvollziehbare Steuerung zu erreichen, muss deutlich werden, wie sich die einzelnen Verkehrskategorien entwickeln. Ohne Transparenz der intermodalen Verkehrsnutzung ist eine Planung und Steuerung der Maßnahmen nur schwer möglich - ganz zu schweigen von der Erfolgskontrolle von Zielen und Maßnahmen. Wenn Paradigmenwechsel heißt, Investitionen in Rad-, Fuß- und Ö-Verkehr zu investieren, muss dazu auch die nötige Transparenz geschaffen werden.

Lärmmessung an der Autobahn

Antrag:

Es werden konkrete Lärmmessungen an der A8 durchgeführt, um die Lärmbelastung der Anwohner realistisch festzustellen

Begründung:

Es gab viele Klagen von Bürgerinnen und Bürgern über die Lärmbelastung durch den Autobahnverkehr. Die reine rechnerische Ermittlung der Lärmbelastung hat das nicht widerspiegelt. Da nun auch bundesweit kein Tempolimit mehr zu erwarten ist, ist es notwendig, mit eigenen Messungen der Stadt die konkrete Lärmbelastung der Anwohner*innen nachzuweisen. Auf der Basis kann die Notwendigkeit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Kirchheimer Autobahnabschnitt begründet werden.

Moratorium Bohnau-Süd – Bürger befragen

Antrag:

Es wird Moratorium über die Entwicklung des Gewerbegebietes Bohnau-Süd verhängt, um eine Bürgerbefragung vor den weiteren Aktivitäten vorzunehmen. Folgende Optionen sollen den Bürgern vorgelegt werden:

1. Soll das Gebiet Bohnau-Süd zum Industriestandort werden?
2. Soll das Gebiet Bohnau-Süd nur den lokalen und kleineren innovativen Betrieben vorbehalten werden?
3. Soll die Bohnau-Süd auch weiterhin als landwirtschaftliche und Naturfläche bestehen bleiben?

Begründung:

Es ist bekannt, dass die Flächenversiegelung ein wesentlicher Klimakiller ist. Der Bürgerentscheid in Dettingen hat gezeigt, dass fast zwei Drittel der Bürger nicht bereit sind, die Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen zu akzeptieren. Ferner werden große öffentliche Mittel in die klimaschädliche Versiegelung investiert, die dringend für den Klimaschutz und z.B. dringend im sozialen Bereich benötigt werden.

Vor diesen aktuellen Entwicklungen sollten auch die Bürgerinnen und Bürger aus Kirchheim nach ihrer Meinung gefragt werden. Dies kann in Form einer Bürgerbefragung auf Initiative des Gemeinderates und der Stadt erfolgen.

Förderung der biologischen Vielfalt

Antrag:

Workshop: Zusammenarbeit Stadt und Landwirtschaft zur Förderung der biologischen Vielfalt

Begründung:

Unbestritten hat die weiträumige Vernichtung der Hecken und Gehölzen zu einem über die Jahrzehnte nicht wieder aufgeholten Verlust von Arten, besonders Feldhasen und Vögeln und auch von Pflanzen geführt.

Eine Möglichkeit, dem entgegenzuwirken wäre die Anwendung von Konzepten, die Agroforst-Studien und -Projekten basieren.

Der Begriff Agroforst beschreibt ein System, in dem mehrjährige Gehölze wie Obstbäume oder Energieholz wie Pappeln und Weiden in Verbindung mit Ackerkulturen oder Viehhaltung gepflanzt werden. Die Gehölze werden zwischen den Feldkulturen und an Ackerrändern angelegt und erhöhen dadurch die Bodenfruchtbarkeit, schützen vor Erosion sowie Auslaugung. Sie bieten zusätzliche Einnahmequellen durch die Gewinnung von Holz, nachwachsender Rohstoffe, Obst oder Grünfutter. Zudem generieren sie ökologische Vorteile: Sie wirken als Erosions- und Windschutz, verbessern die Beschattung, fördern die Bildung von Humus, binden Nährstoffe, speichern Wasser, und sorgen für ein besseres Mikroklima. Baum- und Gehölzstreifen bieten wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Viele dieser Modelle sind zudem förderlich für das Tierwohl. Mehr Bäume und Sträucher mindern außerdem den Eintrag von Schadstoffrückständen in Fließgewässer. Agroforste leisten einen Beitrag zur Bindung von CO₂ und damit unmittelbar zum Klimaschutz.

Laut einer Studie von Sophie Drexler vom Thünen-Institut für Agrarklimaschutz bindet eine Hecke pro Hektar im Verlauf von 20-50 Jahren jährlich 2,1 bis 5,2 Tonnen CO₂, annähernd so viel wie Wälder. Würde man die in den letzten 60 Jahren gerodeten Hecken neu anpflanzen, könnten 10 Millionen Tonnen CO₂ unschädlich gemacht werden und dazu bräuchte man lediglich 0,3 % der landwirtschaftlichen Fläche.

In den vergangenen Jahren wurden eine Vielzahl von Projekten zu Agroforstsystemen mit Energieholzstreifen durchgeführt. So haben unter anderem die Universität Göttingen, die Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg, die Bayerischen Landesanstalten für Landwirtschaft und für Wald und Forstwirtschaft die positiven Auswirkungen von Agroforsten dargestellt.

Reduzierung der Kornhausinvestitionen

Antrag:

Keine Finanzierung der fehlenden Zuschüsse für die Renovierung des Kornhauses aus dem städtischen Haushalt, stattdessen Anpassung der Umbauten an dem bisherigen Finanzierungsanteil der Stadt

Begründung:

Der bisherige Beschluss zur Kornhaussanierung gründete auf der Annahme von Fördergeldern, die jetzt doch nicht oder nur im geringen Umfang fließen. Ursprünglich wurde von einem maximalen Betrag von 5 Mio. € für die Sanierung ausgegangen. Als die Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgte ging man bereits von 13 Mio. aus. Eine Steigerung um 138 Prozent. Dabei wurde eine Förderung von 40 Prozent unterstellt. Diese Förderung wird es nun nicht mehr geben und bedeutet einen Fehlbetrag von 5,2 Millionen Euro. Wenn nun nur noch eine Förderung von max. 2 Mio. € unterstellt wird, wird der städtischen Haushalt mit ca. 3 Mio. € zusätzlich belastet. Es ist zu befürchten, dass die exorbitante Steigerung der Baukosten dazu führt, Ausgaben im sozialen oder ökologischen Bereich nicht mehr im ausreichenden Maß tätigen zu können.

Nötige Schadstoffsanierungen müssen im ganzen Gebäude durchgeführt werden. Daher ist zu überlegen, ob der komplette Ausbau den Kellergeschossen mitsamt der Verlegung der Heizungsanlage nach Außen wirklich sofort oder überhaupt durchgeführt werden muss, zumal die Heizungsanlage in ihrem jetzigen Zustand ja noch hervorragend funktioniert.

Die Idee eines großzügigen, atmosphärisch besonderen Ausstellungsraums ist verlockend, könnte aber auch später angegangen werden.

Durch die Vertagung dieses Vorhabens kann das Museum früher fertiggestellt und geöffnet werden. Als Ersatz für den Ausstellungsraum im Keller könnte die Dachgestaltung nochmal aufgegriffen werden. Wenn das Dachgeschoss weiterhin für Ausstellungen genutzt wird, kann der alte historische Dachstuhl erhalten bleiben, der zum Bedauern vieler Bürger dem neuen Sitzungssaal weichen soll.

Deshalb ist es eine Überlegung wert, den Sitzungsraum doch woanders hin, evt. wieder ins neue Verwaltungsgebäude zu verlegen.

Gemeinderat Kirchheim unter Teck
Anträge zur Haushaltsberatung 2022/2023

DIE LINKE.

Städtische Geldanlagen an der Agenda 2030 ausrichten

Antrag:

Die Stadt erteilt ihren Banken den Auftrag, die städtischen Geldanlagen nachhaltig im Sinne des Pariser Klimaabkommens und der Agenda 2030 umzuschichten.

Erläuterung:

Über die enormen Schäden für Klima und Umwelt, die Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie anrichten und ihre enorme politische und wirtschaftliche Macht, brauchen wir hier keine Worte mehr zu verlieren. Immerhin sind sie die ertragsstärksten und einflussreichsten Unternehmen weltweit.

2016 trennte sich Münster als die erste Stadt in Deutschland von ihren klimaschädlichen Fonds. Danach folgten weitere Städte, Allen voran Bonn, Bremen, Nürnberg, Leipzig, Berlin und auch Esslingen.

Bis März 2020 hatten insgesamt 12 kreisfreie Städte und 5 Landkreise ihre Geldanlagen aus klimaschädlichen Geldanlagen abgezogen.

Dadurch wird eine doppelte Rendite erreicht:

1. zeigen Studien, dass sich die Umschichtung überwiegend positiv bis neutral auf die Rendite auswirkt. Risiken, z.B. durch Transformation werden vermieden.
2. Kommunen können so zur Erreichung der Klima- Und Nachhaltigkeitsziele beitragen und damit eine Vorbildfunktion einnehmen.

Zusätzlich entscheiden sich viele Städte für weitere Ausschlusskriterien, zum Beispiel gegen Investments in Atomenergie, in Waffenindustrie, Kinderarbeit, Fracking, gentechnisch verändertes Saatgut, ...

Stuttgart zum Beispiel hat sich vor allem an der Anlagerichtlinien der Stadt Münster, den Forderungen von „Divest Stuttgart“, dem Norwegischen Pensionsfonds sowie der Orientierungshilfe der Katholischen Kirche und dem Leitfaden der Evangelischen Kirche zur Nachhaltigkeit orientiert.

Streaming des öffentlichen Teils der Ratssitzungen

Antrag:

Wir beantragen die Übertragung, Aufzeichnung und Archivierung des öffentlichen Teils der Ratssitzungen Kirchheim unter Teck. Die Stadtverwaltung möge im ersten Schritt den technischen Aufwand inklusive anfallender Kosten für die Erstanschaffung, Unterhaltung und Pflege der Daten ermitteln und ein Konzept dafür in den Gemeinderat einbringen.

Begründung:

Bereits in vielen Städten, Kommunen und Gemeinden ist das Live-Streamen (Übertragen und Archivieren der Ratssitzung) Alltag. Bürgerinnen und Bürger, die keine Zeit finden, am öffentlichen Teil der Ratssitzung teilzunehmen (vor allem, weil die öffentlichen Sitzungen schon um 17:00 Uhr beginnen) oder aus familiären oder anderen Gründen nicht teilnehmen, können sich so ein Bild machen, was in der Stadt beschlossen wird und wie die einzelnen Fraktionen und Gruppierungen dies begründen.

Der Rat trifft relevante Entscheidungen für alle Bürger*innen. Somit sollte allen Bürgern*innen die Möglichkeit eingerichtet werden, diese Entscheidungen nachvollziehen zu können. Durch die technische Entwicklung ist dies heute ohne großen Aufwand möglich. Wir schaffen hierdurch ein Höchstmaß an Transparenz und Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in Kirchheim unter Teck. Dieser Service kann Teil der E-Government-/ Digitalisierungsstrategie der Stadt werden.

Den zivilen Opfern des Faschismus und der Weltkriege gedenken

Antrag:

Bei offiziellen Kranzniederlegungen für die Opfer der Weltkriege wird auch den zivilen Opfern des Faschismus und des 2. Weltkrieges am Denkmal für die Zivilen Opfer auf dem alten Friedhof mit einem Kranz gedacht.

Begründung:

Nicht nur Soldaten verloren ihr Leben im Krieg, sondern auch viele zivile Opfer und Kriegsgefangene. Auch diesen Opfern soll gedacht werden, um auf die Folgen und den Zusammenhang von Faschismus und Krieg aufmerksam zu machen.